

1 **Antragssteller:** Landesvorstand

## 2 **Klar und deutlich: Für Thüringen!**

3 Seit 2009 tragen wir Sozialdemokrat:innen Regierungsverantwortung. Wir haben Thüringen  
4 vorangebracht, modernisiert, für Gerechtigkeit gesorgt und es erfolgreich durch die Krisen geführt. Es  
5 waren Sozialdemokrat:innen, die vor dem Einzug einer rechtsextremen Partei in den Landtag  
6 vorausschauend ein Landesprogramm für Toleranz, Vielfalt und Demokratie auf den Weg gebracht  
7 haben. Wir haben mit der Thüringer Gemeinschaftsschule für mehr Bildungsgerechtigkeit gesorgt und  
8 wir waren Vorbild für viele andere Länder, mit der Einführung eines Landesvergabegesetzes. Wir haben  
9 mit klarer Haltung, unabhängig von Koalitionen, für die Thüringer:innen Verbesserungen erreicht.

10 Unsere Politik richtet sich an jene Menschen, die jeden Tag ihren Beitrag dazu leisten, den Laden am  
11 Laufen zu halten. Ergebnis sozialdemokratischer Wirtschaftspolitik ist der höchste Stand an  
12 Beschäftigung, eine Arbeitslosenquote auf Westniveau und wachsende Löhne und Gehälter über dem  
13 Bundesdurchschnitt. Wir haben die CDU Niedriglohnstrategie beendet und für Respekt gegenüber  
14 Arbeitnehmer:innen gesorgt.

15 Thüringen ist ein sicheres Land. Den von der CDU initiierten Abbaupfad von Polizist:innen haben wir  
16 beendet. Dank sozialdemokratischer Regierungsverantwortung stellt Thüringen erstmals mehr  
17 Polizeianwärter:innen ein, als Personen in den Ruhestand gehen. Für die Thüringer Feuerwehren haben  
18 wir die Feuerwehrrente erhöht und mit einer Verdoppelung der Jugendfeuerwehrrpauschale  
19 honorieren wir das ehrenamtliche Engagement junger Menschen für die Gesellschaft.

20 Diese Erfolge haben wir, trotz großer Herausforderungen, mit einer nachhaltigen und soliden  
21 Finanzpolitik verbunden. Wir haben die Thüringer Kommunen, Unternehmen, Vereine, Bürger:innen  
22 und Hochschulen vor steigenden Energiepreisen geschützt, mit einem Sondervermögen, das nicht im  
23 Fokus verfassungsrechtlicher Auseinandersetzungen steht. Uns ist es ohne Milliarden an  
24 Steuersubventionen gelungen, Investitionen in Zukunftsbranchen nach Thüringen zu holen.

25 Wir wollen, dass Thüringen weiter auf diesem Erfolgskurs bleibt. Die SPD ist die verbindende Kraft der  
26 Mitte. Wir stehen im Landtagswahlkampf für Klarheit statt politischem Chaos und schriller Töne. Wir  
27 kümmern uns um das wesentliche, statt der Aufführung eines Politiktheaters.

## 28 **Klar und deutlich Respekt für die arbeitende Mitte der Gesellschaft:**

- 29 • Wir sorgen für eine bessere Betreuungsqualität in unseren Kindergärten und stärken die  
30 frühkindliche Bildung. Zudem entlasten wir Thüringer Familien um 2.000 Euro jährlich mit der  
31 Einführung eines kostenlosen Mittagessens und der vollständigen Abschaffung der  
32 Kindergartenbeiträge.
- 33 • Wir setzen auf „Gute Arbeit“. Das heißt für uns, dass tarifgebundene und mitbestimmte  
34 Arbeitsverhältnisse für uns der Maßstab für unsere Wirtschaftspolitik, die öffentlichen  
35 Beschaffungen und Vergaben sowie bei Förder- und Projektmitteln sind.
- 36 • Wir stehen solidarisch an der Seite der Beschäftigten und ihrer Gewerkschaften und  
37 verteidigen die im Grundgesetz verankerte Koalitionsfreiheit und Tarifautonomie, eine  
38 Einschränkung des Streikrechtes wird es mit uns nicht geben.
- 39 • Wir erhöhen den vergabespezifischen Mindestlohn dynamisch und setzen uns für einen  
40 allgemeinverbindlichen Mindestlohn von 15 Euro ein. Das bedeutet 4.800 Euro Bruttogehalt  
41 mehr für eine:n Vollzeit arbeitende:n Thüringer:in im Jahr.
- 42 • Wir sind die Lobby der Thüringer Rentner:innen. Keine höheres Renteneintrittsalter und keine  
43 Absenkung des Rentenniveaus, wie es die Thüringer CDU fordert.

44 • In einer älterwerdenden Gesellschaft kümmern wir uns um Pflegende und Gepflegte. Wir  
45 wollen eine bessere finanzielle Absicherung für pflegende Angehörige einführen und damit  
46 soziale Notlagen für Familien verhindern.

47 **Klar und deutlich für ein sicheres Thüringen:**

48 • Bis 2029 stellen wir mindestens 1.800 Polizist:innen ein, die für sichere Innenstädte und  
49 Straßen sorgen.  
50 • Wir sorgen mit dem Bau der modernsten Brand- und Katastrophenschutzschule in Deutschland  
51 für die am besten ausgebildeten Feuerwehrleute und einem funktionierenden  
52 Katastrophenschutz.  
53

54 **Klar und deutlich gegen Rechtsextremismus:**

55 • Eine wehrhafte Demokratie braucht eine starke Zivilgesellschaft vor Ort. Als Sozialdemokratie  
56 stehen wir an ihrer Seite.  
57 • Wir sind die älteste demokratische Kraft in Deutschland. Wir stehen für die wehrhafte  
58 Demokratie und haben einen klaren Kompass: Keine Zusammenarbeit mit der AfD, keine  
59 Gestaltung, die von den Stimmen der AfD abhängt!  
60 • Wir stehen bereit für eine demokratische Mehrheitsregierung, die Zukunftsentscheidungen  
61 trifft, mit klarer Haltung agiert und die Herausforderungen der Thüringer:innen im Blick hat.  
62 • Wir werden ein Demokratiefördergesetz verabschieden, das Angeboten der politischen  
63 Bildung und Demokratietarbeit als stetige gesellschaftliche und politische Aufgaben langfristige  
64 sichert und ausfinanziert.

65 Mit unseren Themen stärken wir den sozialen Zusammenhalt. Wir begegnen den Thüringer:innen auf  
66 Augenhöhe und mit Respekt. Es braucht eine starke SPD für ein erfolgreiches Thüringen über 2024  
67 hinaus. Dafür werden wir gemeinsam kämpfen.

1 **Antragsteller:innen:** Landesvorstand

2

3 **Kommunal ist, was Du draus machst**

4

5 Wir sind eine Kommunalpartei. Ob Gemeinderätin oder Oberbürgermeister, ob Ortsteilbürgermeister  
6 oder Landrätin – die SPD Thüringen trägt auf jeder kommunalen Ebene Verantwortung. Das ist gut so  
7 und es ist unser Anspruch unsere kommunale Basis noch zu verbreitern. Wir sind stolz auf die  
8 vielfältigen Listen, die wir für die Wahlen am 26. Mai aufstellen konnten. Gerade jetzt, wo Gesicht  
9 zeigen und Partei ergreifen keine leichte Sache ist, ist es für die älteste demokratische Partei  
10 Anspruch und Verpflichtung den Wähler:innen Demokrat:innen zur Wahl vorzuschlagen, die mit  
11 Leidenschaft und Sachverstand für die regionale Entwicklung ihrer Heimatdörfer -städte und -kreise  
12 eintreten.

13

14 Wir Sozialdemokrat:innen kämpfen für:

15

16 1. Kommunalpolitik ist der Praxischeck für europapolitische, bundespolitische und  
17 landespolitische Entscheidungen. Der enge Austausch mit denen, die bereits  
18 kommunalpolitisch aktiv sind und denen, die es werden wollen, ist für uns als Landespartei  
19 keine Pflicht, sondern eine selbstverständliche Einsicht in die Tatsache, dass gleichwertige  
20 Lebensverhältnisse in Stadt und Land nur errungen werden können, wenn alle politischen  
21 Eben ineinander greifen.

22

23 2. Kommunalpolitik ist weiblich, jung, divers. Auf unseren Listen und in unseren Gremien bzw.  
24 Gremien, die durch uns zu besetzen sind, verpflichten wir uns, der Breite der Gesellschaft  
25 Rechnung zu tragen. Newcommer:innen und parteilose Mitglieder sind uns ebenso  
26 willkommen, wie Menschen, die schon jahrelange Erfahrungen im kommunalpolitischen  
27 Geschäft haben. Es ist uns wichtig kommunale Erfolge systematisch aufzubauen. Dafür gilt  
28 es, junge Menschen zu unterstützen, denn jede alte Häsin und jeder alte Hase hatte  
29 irgendwann seinen ersten Auftritt auf der kommunalen Bühne.

30

31 Strukturierte und langfristige Projekte wie „Stadt der Frauen“ sind für uns Vorbild, um  
32 weibliche Repräsentanz auf den kommunalen Listen zu erreichen.

33

34 3. Kommunalpolitik ist eine Kommunikationsaufgabe. Kommunal ist eben, was Du draus  
35 machst. Fast jedes Problem lässt sich auch kommunalpolitisch packen. Wenn man auf die  
36 Straße tritt, das Kind früh in die Kita bringt, am Nachmittag am Windpark vorbei nach Hause  
37 radelt – Politik wird vor Ort konkret und erlebbar. Deswegen stehen unsere Kandidat:innen  
38 für transparente kommunale Entscheidungen, offene Beratungen und Nahbarkeit.  
39 Bürger:innensprechstunden, Infostände und Co. sind für uns kein Wahlkampfmittel, sondern  
40 Dauerangebot.

41

42 4. Kommunalpolitik ist Ehrenamt. Unser Dank gilt all jenen, die sich in oft mühsamen Sitzungen  
43 für die konkrete Entscheidung einsetzen. Ehrenamt ist ohne Hauptamt nicht denkbar. Die  
44 kommunalen Fraktionsgeschäftsführer, das kommunale Bildungswerk und unsere  
45 hauptamtlichen Mandatsträger:innen sind der Garant für das Gelingen lebendiger  
46 Kommunalpolitik. Sie stehen für Termine, Weitergabe von Problemen auf die nächste  
47 politische Ebene und den Erhalt der Bürostrukturen zur Verfügung.

48

49 5. Kommunalpolitik ist immer auch eine Geldfrage. Die SPD Thüringen betrachtet die  
50 kommunalen Finanzen als eine dauernde Aufgabe, die einerseits Stabilität und Struktur  
51 bieten müssen, andererseits mit investiven Sonderzuweisungen, Sonderlastenausgleichen  
52 und weiteren Stellschrauben auf sich verändernde Bedarfe reagieren müssen. Wir werden  
53 uns auf Bundesebene für eine Debatte zur Reform der Gewerbesteuer einsetzen.

54 Insbesondere die ungleiche Verteilung bei der Gewerbesteuererlegung ist ein Teil der  
55 Erklärung der fehlenden Steuerkraft vieler ostdeutscher Kommunen. Wir wollen weg von der  
56 Gewerbesteuer in seiner jetzigen Form hin zu einer Wertschöpfungssteuer, die die  
57 Kommunen gleichmäßiger an der lokalen Wirtschaftskraft beteiligt.  
58

59 Wir bekennen uns zu einer steigenden finanziellen Unterstützung unserer Kur- und  
60 Erholungsorte. Gleichzeitig erkennen wir an, dass auch andere Bedarfe institutioneller  
61 Unterstützung bedürfen. Dazu zählen für uns die Unterstützung kommunaler Infrastruktur  
62 wie Sportbäder, aber auch grundsätzliche Aufgaben, wie der Abbau des Investitionsstaus.  
63 Wir stehen für eine Verstetigung der Klimainvestitionspauschale, eine Verdopplung der  
64 kommunalen Investpauschale sowie eine Verstärkung der Zuweisung für besonders dünn  
65 besiedelte Kommunen. Der sogenannte Demographie-Ansatz stärkt insbesondere neu  
66 gegliederte Gemeinden.  
67

68 6. Kommunalpolitik ist klimagerecht. Die Städte, Dörfer und Kreise von morgen sind attraktiv  
69 und lebenswert, weil sie ihre grünen Oasen schützen, ihre kommunalen Wälder umbauen  
70 und ihren öffentlichen Raum im Hinblick auf den Klimawandel weiterentwickeln. Damit diese  
71 Prozesse für unsere kommunalen Gebietskörperschaften gelingen, setzen wir uns für eine  
72 Dynamisierung der Klimainvestitionspauschale ein. Es ist uns außerdem wichtig, dass die  
73 Kommune vor Ort direkt von ihrem Engagement für erneuerbare Energien profitiert. Wir  
74 stehen für die direkte Gewinnbeteiligung von z.B. durch Windkraft erzielte Einnahmen und  
75 unterstützen den von den Koalitionsfraktionen eingebrachten Gesetzentwurf zu diesem  
76 Thema.  
77

78 7. Kommunalpolitik denkt an Morgen. Der demographische Wandel und die immer stärker  
79 steigende Komplexität von Aufgaben bestärkt uns in dem Ziel, die Verwaltungsstärke von  
80 Kommunen zu verbessern. Freiwillige kommunale Neugliederungen unterstützen wir daher  
81 weiterhin finanziell. Es muss außerdem unser Ziel sein, besonderen Härten, die sich auf dem  
82 Weg des Zusammenschlusses ergeben, abzumildern. Auf Bundesebene setzen wir uns für  
83 den Abbau kommunaler Altschulden ein. Für ostdeutsche Länder zeigen sich diese Schulden  
84 jedoch weniger in Kassenkrediten als viel mehr in einem Investitionsstau durch nicht  
85 getätigte Ausgaben im Bereich der Infrastruktur.  
86

87 8. Kommunalpolitik ist konstant. Der kommunale Investitionsstau ist für uns mehr als ein  
88 Schlagwort. Wer ihn abbauen will, muss zur Kenntnis nehmen, dass er durch wachsende  
89 Anforderungen an Infrastruktur und aktuelle Herausforderungen (Digitalisierung,  
90 Klimawandel, Demographie etc.) stetig steigt. Ein Abarbeiten des Investitionsstaus kann nur  
91 durch Priorisierung der Ausgaben erfolgen. Sozial-, Bildungs- und Sportinfrastruktur hat für  
92 uns dabei einen besonderen Stellenwert. Um die Eigenmittel der Kommunen zu stärken,  
93 sprechen wir uns für die Einrichtung eines revolving Fonds aus, der Kommunen  
94 zinsgünstig und stabil dabei unterstützt, die notwendigen Eigenmittel für die  
95 Inanspruchnahme von Fördermitteln abzubilden.  
96

97 9. Kommunalpolitik ist modern. Die Unterteilung der kommunalen Aufgaben in freiwillige  
98 Aufgaben und Pflichtaufgaben stößt in der Praxis an ihre Grenzen. Ist es für einen Kurort  
99 nicht unabdingbar, seinen Kurpark zu pflegen und sollten Grünflächen nicht generell eine  
100 höhere Relevanz bekommen, seit sich unsere Wohngebiete immer mehr aufheizen und  
101 Hitzepläne offenbaren, dass manche Innenstädte für alte Menschen, Kranke und Kinder  
102 längst zu Flächen geworden sind, die sie, wenn möglich meiden. Wir sprechen uns für eine  
103 Anpassung der Aufgabenkataloge aus.  
104

105 10. Kommunalpolitik ist partizipativ. Wir stehen für Kinder- und Jugendbeteiligung auf  
106 Gemeinde-, Stadt- und Kreisebene. Die Änderung der Thüringer Kommunalordnung hat

107 bereits viele Städte und Gemeinden motiviert, sich für Kinder- und Jugendparlamente, -  
108 beiräte oder -foren zu öffnen. Wir stehen dafür, diese Beteiligungsformen auch für die  
109 Kreisebene verpflichtend festzuschreiben. Darüber hinaus stehen wir für die Pflicht zur  
110 Einrichtung von Beiräten von Menschen mit Behinderungen in Kreisen und kreisfreien  
111 Städten im Sinne der Umsetzung der UN-BRK, damit Menschen mit Behinderungen vor Ort  
112 verlässlich in Planungen und Vorhaben einbezogen werden.

113  
114 11. Kommunalpolitik ist ein Berg voller neuer Ideen. Damit die Initiativen aus den Räten  
115 Wirklichkeit werden, sind wir auf qualifiziertes Personal in den Verwaltungen angewiesen.  
116 Wir stehen an der Seite der Gewerkschaften bei ihrem Kampf für gute Arbeitsbedingungen.  
117 Wir wollen, dass Kommunen mehr Entscheidungskompetenz bei der Gewährung von Zulagen  
118 erhalten, um besser auf die Herausforderungen des Arbeitsmarktes vor Ort reagieren zu  
119 können.

120 12. Kommunalpolitik ist demokratisch. Eine Zusammenarbeit mit der AfD lehnen wir  
121 entschlossen ab. Eine Normalisierung dieser als gesichert rechtsextrem eingestuftes Partei  
122 durch das gemeinsame Einbringen von Initiativen ist nicht durch inhaltliche  
123 Übereinstimmungen zu rechtfertigen. Mehrheiten für unsere Projekte und unser Personal  
124 finden wir jenseits der AfD.

1 **Antragsteller:innen:** Landesvorstand

2

3

4 **Resolution – Volle Solidarität mit den Kolleg:innen im Einzel- und Versandhandel**

5 Seit über 100 Tagen und nach sechs Verhandlungsrunden verharren die Kolleginnen und Kollegen im  
6 Einzelhandel im Streik. Bislang zeigt die Arbeitgeberseite keinerlei Bewegung, sondern versucht  
7 vielmehr, die Solidarität der Kolleg:innen zu untergraben und den Streikwillen der Kolleg:innen zu  
8 brechen.

9 Als SPD Thüringen stehen wir an der Seite der Kolleg:innen und erklären unsere uneingeschränkte  
10 Solidarität mit den Streikenden im Einzel- und Versandhandel. Wir fordern die Arbeitgeber auf, die  
11 Forderungen der Kolleg:innen ernst zu nehmen und konstruktive Verhandlungen zu führen, um zu  
12 einer fairen Lösung zu gelangen. **Die Beschäftigten im Einzelhandel verdienen nicht nur Respekt und**  
13 **Anerkennung ihrer wichtigen Arbeit, sondern auch gute Arbeitsbedingungen und Löhne!** Wir als SPD  
14 stehen gemeinsam an der Seite der Kolleg:innen und unterstützen sie in ihrem Arbeitskampf, bis ihre  
15 berechtigten Forderungen erfüllt sind.

16

17 Der Einzelhandel spielt eine essentielle Rolle in unserer Gesellschaft, indem er die (Grund)versorgung  
18 der Bevölkerung sicherstellt. Die Jahre der Corona-Pandemie waren für die Beschäftigten besonders  
19 hart und doch haben sie, trotz persönlicher Risiken und Belastungen, ihre Arbeit fortgesetzt, um die  
20 Versorgung der Bevölkerung sicherzustellen. Die Arbeitgeberseite zeigt in den gegenwärtigen  
21 Tarifauseinandersetzungen keinerlei Wertschätzung für diesen großen Einsatz.

22 Die Mehrzahl der Beschäftigten im Einzelhandel sind Frauen. In ihrer Arbeit werden sie konfrontiert  
23 mit teils prekären Arbeitsbedingungen, langen Öffnungszeiten, insbesondere im  
24 Lebensmitteleinzelhandel, und nun auch noch mit einer faktischen Reallohnkürzung. Für uns ist klar:  
25 ihre Arbeit verdient nicht nur Anerkennung, sondern auch konkrete Maßnahmen zur Verbesserung  
26 der Arbeitsbedingungen. Auch deshalb stehen wir zu unseren Regelungen zur Samstagsarbeit im  
27 Ladenöffnungsgesetz und stehen auch in dieser Auseinandersetzung an der Seite der Kolleg:innen.